



Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Landrat des Kantons Basel-Landschaft

**Interparlamentarische Geschäftsprüfungskommission der Universität Basel
(IGPK Universität)**

An den Grossen Rat

15.0544.02

Basel, 17. Juni 2015

Kommissionsbeschluss vom 14. Juni 2015

Bericht der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission der Universität Basel (IGPK Universität)

zum Ratschlag „betreffend Berichterstattung 2014 der Universität zum Leistungsauftrag“

Partnerschaftliches Geschäft

Inhalt

1. Zusammensetzung der Kommission (Stand: Juni 2015)	3
2. Auftrag der Kommission	3
3. Ausgangslage	3
4. Kommissionsberatungen	5
4.1 Leistungsbericht, Geschäftsbericht und Revisionsbericht	5
4.2 Zunahme von Verwaltungsstellen	6
4.3 Immobilien	7
4.4 Teilnahme am Europäischen Forschungsprogramm	8
4.5 Qualitätssystem.....	8
4.6 Evaluation der Lehre	8
4.7 Anstieg der Anzahl Studierenden der Medizin.....	9
4.8 Zusammenarbeit mit anderen Institutionen.....	10
5. Antrag der Kommission	10

1. Zusammensetzung der Kommission (Stand: Juni 2015)

Die IGPK Universität hat in folgender Zusammensetzung die Prüfung des Berichtsjahres 2014 durchgeführt:

Basel-Stadt

Oskar Herzig, SVP (Präsident)
Andrea Bollinger, SP
Patrick Hafner, SVP
Michael Koechlin, LDP
Urs Müller-Walz, GB
Ernst Mutschler, FDP
Dieter Werthemann, GLP

Basel-Landschaft

Mirjam Würth, SP (Vizepräsidentin)
Rahel Bänziger Keel, Grüne
Christoph Hänggi, SP
Caroline Mall, SVP
Patrick Schäfli, SVP
Agathe Schuler, CVP
Georges Thüring, SVP

2. Auftrag der Kommission

Die Interparlamentarische Geschäftsprüfungskommission der Universität Basel (IGPK Universität) prüft als gemeinsames Organ der Oberaufsicht der Parlamente Basel-Stadt und Basel-Landschaft den Vollzug des Staatsvertrags über die gemeinsame Trägerschaft der Universität gemäss dessen § 20 und erstattet den Parlamenten entsprechend Bericht.

Die IGPK Universität prüft insbesondere die jährliche Berichterstattung des Universitätsrates zum Leistungsauftrag und nimmt den Geschäftsbericht sowie den Revisionsbericht der Universität zur Kenntnis.

Die beiden Parlamente nehmen den Bericht zum Leistungsauftrag auf Antrag der IGPK Universität zur Kenntnis gemäss § 19 lit. b des Staatsvertrags.

3. Ausgangslage

Mit der Berichterstattung 2014 berichtet die Universität erstmals zur laufenden Leistungsperiode 2014 – 2017. Das Geschäftsjahr 2014 stellt nicht nur das erste Jahr der dritten Leistungsperiode des Staatsvertrages dar, sondern mit diesem Jahr beginnt auch die Umsetzung der im Oktober 2012 verabschiedeten ‚Strategie 2014‘, die auf die nächsten zwei Leistungsperioden (2014–2017 und 2018–2021) ausgerichtet ist. Diese neue Strategie hat zum Ziel, die Position der Universität Basel als profilierte, regional verankerte, aber international ausgerichtete akademische Institution weiter auszubauen und gleichzeitig die enge Verzahnung mit Gesellschaft, Kultur und Wirtschaft beizubehalten.

Die Universität berichtet für das Jahr 2014 von ersten wichtigen Weichenstellungen, die sie für die Umsetzung der Strategie in den Jahren 2015 – 2017 vorgenommen hat. Vorab muss aber die infrastrukturelle Erneuerung weiter gediehen sein.

Über wichtige Massnahmen für die Jahre 2015–2017 sowie deren Finanzierung äussert sich die Universität in ihrer Berichterstattung wie folgt:

- Aufbau der Institute Bildungswissenschaften und Urban and Landscape Studies.
- Neue Professuren in der Philosophisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät im Bereich der neuen Materialien und Energieformen sowie der Quanten-/Nanophysik.
- Neue Professuren in der Philosophisch-Historischen Fakultät in den Bereichen Digital Humanities, Politikwissenschaften und Soziologie.
- Stärkung der klinischen Forschung und Zusatzmittel für eine Erhöhung der Studierendenzahlen im Studium der Humanmedizin.
- Schrittweiser weiterer Ausbau der Informationsversorgung, um damit den Einsatz von modernen Medien insbesondere in der Lehre zu unterstützen.
- Modernisierung der IT-Infrastruktur, um die Wettbewerbsfähigkeit der Forschung und Lehre aufrechtzuerhalten bzw. weiter zu steigern.

Die Finanzierung dieser Massnahmen verteilt sich auf mehrere Säulen. So steigen die Beiträge der Trägerkantone bis ins Jahr 2017 um 8,5 Mio. Franken bzw. 18,5 Mio. Franken unter Berücksichtigung der vom Kanton Basel-Stadt ab dem Jahr 2017 zugesagten Reduktion der Mieten um 10 Mio. Franken für die genutzten kantonalen Liegenschaften. Der Anstieg der UFG-Mittel (Grundbeiträge gemäss Universitätsförderungsgesetz) ist für die nächsten drei Jahre mit 5,6 Mio. Franken eingeplant, für die IUV-Beiträge (Beiträge gemäss Interkantonaler Universitätsvereinbarung) ist eine Erhöhung um 1,5 Mio. Franken vorgesehen. Daneben steigen bis ins Jahr 2017 die eigenen Erträge insgesamt noch um 2,7 Mio. Franken und schliesslich leistet die Universität durch interne Sparmassnahmen einen Beitrag an die Strategieumsetzung. Ein darüber hinaus allfällig notwendiger weiterer finanzieller Ausgleich ist über das vorhandene freie Eigenkapital zu leisten. Dieser Eigenkapitalverbrauch soll aber durch eine weiterhin hohe Budget- und Ausgabendisziplin und Zusatzeinnahmen möglichst gering gehalten werden.

Die Regierungen der beiden Trägerkantone beantragen dem Grossen Rat und dem Landrat, vom Bericht 2014 zum Leistungsauftrag Kenntnis zu nehmen.

An ihrer Sitzung vom 12. Mai 2015 hat die IGPK Universität im Anschluss an das jährlich stattfindende Universitätshearing den Leistungsbericht 2014 beraten. An der Sitzung anwesend waren alle 14 Mitglieder der IGPK sowie folgende Gäste:

Ulrich Vischer, Präsident des Universitätsrates,
Antonio Loprieno, Rektor der Universität,
Christoph Eymann, Regierungsrat BS,
Christoph Tschumi, Verwaltungsdirektor der Universität,
Hans Amstutz, Generalsekretär der Universität,
Joakim Rügger, Leiter Hochschulen, Erziehungsdepartement BS und
Doris Fellenstein, Leiterin Stab Hochschulen, Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion BL.

Urs Wüthrich-Pelloli, Regierungsrat BL, musste sich wegen einer anderen Verpflichtung für die Sitzung entschuldigen.

Im Vorfeld zur gemeinsamen Sitzung vom 12. Mai 2015 hatte die Universitätsleitung der IGPK Universität bereits 26 Fragen zur Jahresrechnung und zum Leistungsbericht ausführlich beantwortet. Die Kommission hatte an der Sitzung die Möglichkeit, gezielt auf einzelne Antworten zu reagieren respektive Ergänzungsfragen zu stellen, die ebenfalls zur Befriedigung der Kommission von der Leitung der Universität beantwortet wurden.

Zum jährlichen Hearing der Universität unmittelbar vor der Kommissionssitzung sind neben den IGPK-Mitgliedern jeweils alle Mitglieder der landrätlichen und grossrätlichen Bildungs-,

Geschäftsprüfungs- sowie Finanzkommissionen eingeladen. Teilgenommen haben dieses Jahr neben den IGPK-Mitgliedern zwei Landrätinnen und sieben Grossrätinnen und Grossräte.

Die IGPK Universität wollte den Kommissionsbericht vor Ablauf der basellandschaftlichen Legislatur Ende Juni 2015 noch in bestehender Zusammensetzung zu Händen beider Parlamente verabschieden. Sie bedankt sich bei Prof. Dr. Antonio Loprieno, der die Universität in diesem Sommer verlässt, für die ausserordentlich gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit während der vergangenen Jahre und wünscht ihm auf seinem weiteren Weg viel Freude und Erfolg.

4. Kommissionsberatungen

4.1 Leistungsbericht, Geschäftsbericht und Revisionsbericht

Die IGPK Universität hat den Leistungsbericht 2014 geprüft und ihn zusammen mit dem Geschäftsbericht und dem Revisionsbericht einstimmig zur Kenntnis genommen. Sie beantragt den beiden Parlamenten dementsprechend, den Bericht 2014 zum Leistungsauftrag der Universität Basel zur Kenntnis zu nehmen.

Damit würdigt die IGPK Universität die Jahresrechnung, die bei einem Gesamtaufwand von 707,4 Mio. Franken einen Gewinn von 6,7 Mio. Franken ausweist. Damit steigt das freie Eigenkapital der Universität auf 29,8 Mio. Franken. Die Universität verfügt nun über die Mittel, die zur Umsetzung der Strategie 2014 für die weiteren Jahre dieser Leistungsperiode notwendig sind. Der Revisionsbericht enthält keine Beanstandungen.

Der Ertrag hat im Vergleich zum Geschäftsjahr 2013 um insgesamt 63,8 Mio. Franken zugenommen. Diese Zunahme setzt sich aus folgenden Bewegungen zusammen:

Die Beiträge der öffentlichen Hand stiegen im Jahr 2014 um insgesamt 14,0 Mio. Franken, wobei die im Staatsvertrag vereinbarte Erhöhung der Globalbeiträge der beiden Basler Kantone (plus 7,0 Mio. Franken) die grösste Zunahme darstellt. Daneben sind Erhöhungen der Subventionen des Bundes für Infrastrukturinvestitionen (plus 1,8 Mio. Franken) und der Beiträge auf Basis der Interkantonalen Universitätsvereinbarung zu verzeichnen. Letztere nahmen im Vergleich zum Vorjahr aufgrund der im Jahr 2014 vorgenommenen Teuerungsanpassung deutlich zu (plus 5,0 Mio. Franken). Die Grundbeiträge des Bundes gemäss Universitätsförderungsgesetz blieben auf gleicher Höhe wie 2013.

Ausserdem stiegen im Vergleich zum Vorjahr sowohl die Projektzusprachen von übrigen Dritten (plus 9,3 Mio. Franken) als auch die Projektzusprachen des Nationalfonds (plus 12,5 Mio. Franken) an.

Und schliesslich stiegen auch die eigenen Erträge der Universität (Gebühren, Dienstleistungs- und Vermögenserträge) um 26,6 Mio. Franken und der periodenfremde Ertrag um 1,4 Mio. Franken.

Die Zunahme der Übrigen Erträge um 26,6 Mio. Franken gegenüber dem Vorjahr besteht vorwiegend aus dem Vermögenserfolg von 25,4 Mio. Franken.

Ausserdem hat die Universität im Dezember 2013 die von den Trägerkantonen geforderten Mehreinnahmen durch höhere Studiengebühren beschlossen, und u.a. die Semestergebühren für Bachelor- und Masterstudierende per Herbst 2014 von 700 auf neu 850 Franken angehoben. Die IGPK Universität anerkennt die Notwendigkeit dieser Erhöhung, die der Universität Mehreinnahmen von 2,1 Mio. Franken gebracht hat. Im Gegensatz dazu haben sich die Erlöse im Weiterbildungsbereich um 0,8 Mio. Franken reduziert, womit die Erträge aus Gebühren gesamthaft um 1,3 Mio. Franken über jenen des Vorjahres liegen.

Folgende Themen wurden in der Kommission vertieft diskutiert:

4.2 Zunahme von Verwaltungsstellen

Aus der Jahresrechnung geht hervor, dass der Personalbestand im Bereich Administration im Vergleich zu 2013 um 23.3% von 391 Vollzeitäquivalent-Stellen auf 446 gestiegen ist. Neben der Zunahme im Bereich Assistentinnen / Assistenten (22.6%) ist dies mit Abstand der grösste Stellenanstieg in der gesamten Universität, der durchschnittlich rund 2% betrug. Die IGPK hat diesen Sachverhalt an der gemeinsamen Sitzung mit der Universitätsleitung vom 12. Mai 2015 thematisiert und nach den Gründen für diese auffällige Zunahme gefragt. Die Universitätsleitung gab an, dass es sich dabei weniger um eine reale Zunahme, sondern mehrheitlich um Verlagerungen von Stellen in den dezentralen Bereichen (Departementen) zum zentralen Bereich Administration handle. Als Beispiele wurden die Zentralisierung verschiedener IT-Leistungen und die zentrale Betreuung der Forschungs-Mäuse genannt.

Zu dieser Thematik wurden der IGPK auf Nachfrage folgende weitergehende Informationen schriftlich zugesandt:

„Vom Jahr 2012 auf das Jahr 2014 ist eine starke Zunahme beim zentralen und dezentralen Administrativpersonal von 78 Stellen bzw. 21% zu verzeichnen (gemäss Tabelle im Jahresbericht, über beide Jahre gerechnet). Diese Zunahme setzt sich aus folgenden Positionen zusammen:

- 32 Stellen durch Neu-Zuordnung von Stellen von primär der Personalkategorie „Wiss. Mitarbeiter/-innen“ in die Personalkategorie „Administrativpersonal“ (vgl. Abnahme auf entsprechender Position). Diese Verschiebung hängt mit einer Bereinigung der Personalbestände betreffend Zuordnung zu Personalkategorien – insbesondere im Universitätsrechenzentrum - zusammen.
- 15 Stellen durch eine von der Wissenschaft getriebene Professionalisierung und Verstärkung des Informatik-Supports (Umsetzung der Strategie 2014).
- 12 Stellen im temporären Bereich (Praktikumsstellen, Trainingsleiter Uni-Sport, Sprachlehrer Sprachenzentrum). Diese Stellen sind durch entsprechende Einnahmen oder Kompensationen im Sachaufwand finanziert.
- 7 Stellen in den Bereichen Nachhaltigkeit, Qualitätsentwicklung, Kommunikation, Personal- und Organisationsentwicklung (Umsetzung der Strategie 2014).
- 7 Stellen in den Bereichen Facility-Management, Personal- und Finanzwesen (infolge Besetzung von Vakanzen, der grossen Bauprojekte, Professionalisierung Personalwesen und Controlling sowie neuer SAP-Module).
- 5 Stellen im administrativen Bereich in verschiedenen Fakultäten (dezentral) zur direkten Unterstützung der Lehre und Forschung (z.B. Medizin aufgrund der erhöhten Studierendenzahlen).

Insbesondere im Bereich der Informatik und der neuen Lerntechnologien zur weiteren Umsetzung der Strategie 2014 ist im 2015 mit einer weiteren – aber deutlich geringeren - Zunahme zu rechnen. Danach wird eine weitere starke Abflachung der Entwicklung erwartet. Mit Ausnahme des Informatiksupports sind derzeit keine weiteren Zentralisierungen geplant.“

Die IGPK erachtet diese Ausführungen als schlüssig und dankt dem Verwaltungsdirektor.

4.3 Immobilien

Die Umsetzung der Raumplanung der Universität findet im Leistungsbericht kaum Niederschlag. Dabei ist die Umsetzung des Immobilienprogramms für die Universität von erstrangiger Wichtigkeit. Im Rahmen des Hearings wurde die IGPK deshalb eingehend über den aktuellen Stand der Immobilienplanung der Universität Basel orientiert. Der internationale Forschungsrang wird – insbesondere in den Life Sciences – unmittelbar von zeitgemässen Infrastrukturen bestimmt. Auch das Mengengerüst ist von entscheidender Bedeutung. Denn neben dem ordentlichen Lehr- und Forschungskörper brauchen drittmittelfinanzierte Professuren, wie etwa die Forschungsprofessuren des Schweizerischen Nationalfonds, angemessen ausgestattete Räumlichkeiten. Kann die Universität diese nicht zur Verfügung stellen, wird die Drittmiteleinwerbung schwieriger. Denn Laborräumlichkeiten können nicht ohne weiteres angemietet werden.

Deshalb schenken die Kantone den Investitionen der Universität höchste Aufmerksamkeit. Die Finanzierung der Immobilien der Universität ist bis 2035 angedacht. Die Finanzierungskosten der Anleihen der Universität für ihre Grossprojekte sind in den Globalbeiträgen bereits berücksichtigt. Zusätzlich unterstützen die Kantone die Investitionstätigkeit der Universität mit Kreditsicherungs-garantien, welche der Universität günstige Zinskonditionen ermöglichen.

Am Hearing hat der Verwaltungsdirektor der Universität über den aktuellen Stand der Umsetzung der Raumstrategie berichtet. Im Vordergrund stehen die Grossprojekte auf dem Life Sciences Campus Schällemätteli:

- Der Neubau für das Biozentrum befindet sich in der Bauphase und soll 2018 bezogen werden.
- Daneben ist am jetzigen Standort des Biozentrums ein Neubau für das Departement Biomedizin in Planung, der Architekturwettbewerb ist bald abgeschlossen. Der Bezug dieses Gebäudes ist für 2020 geplant.
- Neben diesen beiden Laborgebäuden kommt der von der ETH Zürich zu errichtende Neubau für das Departement für Biosysteme zu stehen. Dessen Bezug ist auf 2019 vorgesehen.

Zur Fertigstellung des Life Sciences Campus ist es notwendig, das Baufeld 4 zwischen St. Johannis-Ring und Pestalozzistrasse zur Bauungsreife zu bringen. Der Kanton Basel-Stadt ist zuständig für die entsprechenden politischen Prozesse.

Zwei wichtige Bauvorhaben werden derzeit auf dem Territorium des Kantons Basel-Landschaft realisiert:

- Neben dem Stadion St. Jakob wird auf Münchensteiner Boden der Neubau für das Institut für Sport und Sportwissenschaften realisiert. Das Ergebnis des Architekturwettbewerbs liegt vor, der Bezug soll 2019 erfolgen.
- In Allschwil wird in einem bestehenden Gebäude in unmittelbarer Nachbarschaft des Swiss Innovation Parks das Departement Biomedical Engineering untergebracht. Dieses Kompetenzzentrum soll gemäss aktueller Planung durch die Errichtung eines Neubaus für das mit der Universität assoziierte Schweizerische Tropen- und Public Health-Institut ergänzt werden.

Die anspruchsvollen Neubauvorhaben lösen eine komplexe Rochadeplanung der Universität aus, um den laufenden Betrieb sicherzustellen. Eine zentrale Rolle spielt dabei der Rosentalcampus, welcher der Universität verschiedene Zwischennutzungen ermöglicht. Auf Dauer ist dort die Unterbringung des Departements Umweltwissenschaften und des universitären Zentrums für Zahnmedizin zusammen mit der Volkszahnklinik geplant.

Der Campus Petersplatz für die Gesellschafts- und Kulturwissenschaften wird sukzessive im Rahmen von Erneuerungsinvestitionen ergänzt.

Insbesondere wird auch andernorts erkannt, welche Bedeutung ein Life Sciences Campus unmittelbar neben einem Universitätsspital für eine Universität hat. In diesem Zusammenhang wird das unmittelbare Nebeneinander von Universität Zürich, ETH Zürich und Universitätsspital als hervorragendes Zukunftsmodell gewürdigt. Der Zürcher Campus befindet sich allerdings erst in der Konzeptphase, während unsere Region bereits an der Umsetzung dieses Modells arbeitet.

4.4 Teilnahme am Europäischen Forschungsprogramm

Die IGPK Universität hat zur Kenntnis genommen, dass die Teilnahme der Schweizer Universitäten am Europäischen Forschungsprogramm Horizon 2020 bis und mit 2016 mit einem den EU-Staaten gleichwertigen Status gesichert ist. Die gleichberechtigte Assoziierung der Schweiz an das europäische Forschungsprogramm wird dann allerdings aufgehoben, wenn bis dahin keine Lösung für eine für die Europäische Union akzeptable Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative gefunden und umgesetzt ist. Forschende an Schweizer Universitäten könnten sich ab 2017 nicht mehr selbständig um European Research Council Grants (ERC-Grants) bewerben. Dies hätte einerseits unmittelbare finanzielle Folgen und würde andererseits wegen Abwanderung und Nichtberufbarkeit von ambitionierten Forschenden mittelfristig das Ende der Konkurrenzfähigkeit der universitären Schweizer Forschung auf Spitzenniveau bedeuten. Forschende würden der Einfachheit halber in Zukunft vermutlich an andere in ihrer Grösse und Wichtigkeit vergleichbare Universitäten, so etwa Strasbourg oder Freiburg am Oberrheinraum, ausweichen.

4.5 Qualitätssystem

Im Rahmen des Quality Audits 2014 hat die Universität Basel sieben Qualitätskriterien voll und zehn teilweise erfüllt, was sich damit erklären lässt, dass sich die Umsetzung der Qualitätsstrategie noch im Aufbau befindet und erst 2017 abgeschlossen sein wird. Handlungsbedarf besteht an der Universität gemäss Abschlussbericht des OAQ bezüglich *Integration* und *Kommunikation*.

Ausserdem hat das durchgeführte Audit der Universität Basel einen kleinen, jedoch wichtigen Bereich mit Handlungsbedarf aufgezeigt: Qualitätssicherungsmassnahmen für die Lehre, insbesondere die flächendeckende Einführung von Lehrveranstaltungs- und Studiengangevaluationen.

Ein weiterer Bereich ist der Einbezug der Studierenden bei der Etablierung der Qualitätskultur. Hier gilt es festzuhalten, dass die Studierenden Einsitz in der Qualitätskommission haben. Schliesslich empfiehlt der Bericht die Optimierung der unterstützenden Dienste für Lehre und Forschung, wie etwa Hochschuldidaktik und Gleichstellung. Hier sieht das Rektorat keinen unmittelbaren Handlungsbedarf, denn die Dienste laufen gut. Vorrangig wird sich die Universität auf die Integration der verschiedenen Instrumente und auf die Verbesserung der Kommunikation fokussieren.

4.6 Evaluation der Lehre

Die Verantwortung für die Qualität der Lehre liegt an der Universität Basel bei den Fakultäten. Diese sind verpflichtet, den gesamtuniversitären Standards zu genügen, welche sich aus den nationalen Standards ableiten, letztere beziehen sich auf die europäisch geltenden Qualitätsstandards in der Lehre. Innerhalb dieser definierten Standards haben die Fakultäten einen Ermessensspielraum. Grundsätzlich gilt an der Universität Basel das Prinzip der Selbstverantwortung der Dozierenden. Die Evaluation der Lehrveranstaltung spielt sich zwischen den Dozierenden und den Studierenden ab, und sie ermöglicht den Dozierenden, eigene Schwächen zu erkennen und – im optimalen Fall – aus eigener Initiative zu beheben. Mindestens

einer unabhängigen Person müssen die Ergebnisse der Lehrevaluationen zusätzlich zur Kenntnis gebracht werden, das ist der/die Vorsitzende der fakultären Unterrichtskommission – im Normalfall die ganze Unterrichtskommission. Bei erkannten Schwächen (z.B. allzu theorielastiger Unterricht; Unsicherheit und Angstzustände in Grossveranstaltungen) können zwischen den betreffenden Dozierenden und der zuständigen Unterrichtskommission Massnahmen vereinbart werden. Eine Berichtspflicht gegenüber dem Rektorat besteht nicht, so dass Angaben, wie viele Beanstandungen über die Lehrqualität es effektiv gibt, nicht möglich sind. Der Universitätsleitung ist es wichtig, für die Evaluation einen Mittelweg zu finden, bei dem einerseits die Professorinnen und Professoren in ihrer Forschung nicht eingeschränkt werden und andererseits aber Missbrauch verhindert werde. Aufgrund der Evaluation würden zwar keine Leute entlassen, es sei aber möglich, in vereinzelt Fällen wo nötig ein wenig Druck zu machen. Generell dürfte der Eindruck zutreffen, dass insbesondere die jüngeren Personalkategorien hoch motiviert und kompetent Lehre erteilen. Probleme mit der Lehrqualität sind allenfalls nur in Einzelfällen anzutreffen.

4.7 Anstieg der Anzahl Studierenden der Medizin

Die Universität ist der Forderung des Bundes nach mehr Studienplätzen für Medizin nachgekommen und hat die Zulassungszahlen per Herbstsemester 2014 von 130 auf 170 Studierende erhöht.

Im Leistungsauftrag 2014-17 der Trägerkantone an die Universität Basel wird ab 2014 eine jährliche Budgeterhöhung von 700'000 Franken gewährt (im 4. Jahr strukturell 2,8 Mio. Franken), um die Studienabschlüsse in der Humanmedizin auf 180 zu erhöhen. Bei den IUV-Beiträgen wird sich die Erhöhung der Studierendenzahlen erst 2015 mit ca. 1,1 Mio. Franken auf die Einnahmen auswirken. Im Rahmen einer Projektplanung hat die Medizinische Fakultät bis Ende 2013 geprüft, mit welchen Massnahmen der zusätzliche Aufwand aufgefangen werden kann. Mit Beschluss des Rektorats vom Februar 2014 wurden mit Wirkung ab Budget 2014 folgende wichtige Massnahmen genehmigt:

- Für eine auf fünf Jahre befristete Stelle Projektleitung und Qualitätsentwicklung (60%) werden der Fakultät 90'000 Franken/Jahr zugeteilt.
- Für die Stelle IT-Modernisierung der Lehre (100%) werden, befristet auf zwei Jahre, 120'000 Franken/Jahr zugeteilt. Bis spätestens in zwei Jahren ist ein Einsatz dieser Stelle für gesamtuniversitäre Projekte im Bereich der IT-Unterstützung der Lehre zu prüfen.
- Zur Bewältigung der zusätzlichen Administration im Studiendekanat werden für zusätzliche 150-Stellenprozent unbefristet 200'000 Franken/Jahr bewilligt, was ausreichen muss, um die Gesamterhöhung bis in 6 Jahren (+240 Stud.) administrativ zu bewältigen.
- Für die Lehrleistungserfassung wird eine zusätzliche unbefristete Stelle von 100% bewilligt, um die Koordination der vorhandenen Lehrressourcen zu optimieren. Sie muss für die Gesamterhöhung bis in 6 Jahren ausreichen.
- Für die laufende Optimierung und Ausstattung des Lernzentrums (SkillsLab) und Zusatzprojekte LaP werden wiederkehrend im Sachaufwand 50'000 Franken budgetiert.
- Weitere von der Fakultät vorgesehene Entlastungsmassnahmen sind aus dem bestehenden Budget zu finanzieren.

Die Schaffung von mehr Studienplätzen ist aus Sicht der Bundesrates eines der Mittel, um dem Ärztemangel in der Schweiz zu begegnen, der sich voraussichtlich noch verschärfen wird, wenn die Masseneinwanderungsinitiative umgesetzt wird. Trotzdem war der Bund bisher offenbar nicht bereit, die anfallenden Mehrkosten bei den Universitäten mitzutragen. Die IGPK Universität nimmt diese Tatsache enttäuscht zur Kenntnis, hofft aber trotzdem für die Zukunft auf bereits in Aussicht gestellte Bundesmittel.

4.8 Zusammenarbeit mit anderen Institutionen

Die IGPK Universität hat sich darüber informieren lassen, dass die Zusammenarbeit mit anderen Universitäten, insbesondere derjenigen mit der Universität Zürich, zur Zeit nicht sehr aktiv zu sein scheint. Diese Tatsache wird damit erklärt, dass Zusammenarbeiten erfahrungsgemäss nicht top down planbar seien sondern sich in der Regel bottom up entwickelten. Generell lässt sich festhalten, dass eine grosse Universität eher alleine auch grössere Projekte an die Hand nehmen kann als eine Universität der Grösse von Basel. Die Universität Basel liegt im Grössenvergleich mit rund 13'200 Studierenden hinter der Universität Zürich (26'300), der ETH (18'200), den Universitäten Bern (16'500), Genf (15'800) und Lausanne (14'100) auf dem sechsten Platz, noch vor Fribourg (10'400). Die Universität Basel ist daher naturgemäss eher daran interessiert, Kooperationen mit anderen Instituten zu schliessen. Es lässt sich generell festhalten, dass die Universität Basel mit ihrer Grösse vor allem dann von einer guten Zusammenarbeit profitiert, wenn drei Institutionen an der Zusammenarbeit beteiligt sind, so zum Beispiel in der Konstellation Universität Zürich, ETH und Universität Basel.

Für eine Universität ist die Freiheit in Lehre und Forschung ein elementares Grundprinzip, das sich in ihrer Autonomie gegenüber der politischen Trägerschaft widerspiegelt, aber auch in der Unabhängigkeit gegenüber wirtschaftlichen Interessen. Die Universität ist an der Kontaktpflege mit der Wirtschaft interessiert, sie tritt aber in dieser Beziehung nicht als aktive Beziehungssucherin auf, sondern als Empfängerin von Impulsen aus der Wirtschaft, sofern diese die universitären Grundsätze der Freiheit von Lehre und Forschung respektieren. Deutlich zum Ausdruck kommt dieses funktionierende Verhältnis von Universität und Wirtschaft etwa in von Unternehmen finanzierten Professuren. All diesen Stiftungsprofessuren ist gemeinsam, dass in Stiftungsvereinbarungen sowohl die von den Geldgebern unabhängige Besetzung der Professur als auch ihre Freiheit in Lehre und Forschung festgeschrieben ist.

Am intensivsten ist die Kooperation zwischen der universitären Forschung und der Industrie naturgemäss im Bereich der Life Sciences, wo das Prinzip der translationalen Forschung solche Kooperationen nahelegt. Mit der Einrichtung einer Translational Sciences Platform im August 2014 wurde ein zentrales Anliegen der Strategie 2014 umgesetzt. Der Forschungsplatz Basel mit seiner ausgewiesenen Stärke in den Lebenswissenschaften in Universität, Spitälern, assoziierten Instituten, FHNW und mit zwei global tätigen Pharmakonzernen bietet eine weltweit einzigartige Konzentration von Kompetenzen, um translationale Wissenschaft vorbildlich umzusetzen. Im Kontext der translationalen Medizin wurde schon zuvor mit dem Kompetenzzentrum PharmaCenter der Roche Translational Medicine Hub aufgebaut und betreut. Mit der Einrichtung einer permanenten Translational Sciences Platform sollen die bisherigen Aktivitäten konsolidiert und zusätzliche lokale und nationale Partner in die translationale Strategie eingebunden werden. Die Plattform ist eine transfakultäre Struktur, die in der Medizinischen Fakultät verankert werden soll, um den Kontakt zu den Adressaten des translationalen Prozesses zu erleichtern und den Zugang zu Patienten und klinischen Studien sicherzustellen.

5. Antrag der Kommission

Die IGPK Universität hat den vorliegenden Bericht am 14. Juni 2015 auf dem Zirkularweg verabschiedet und beantragt dem Grossen Rat und dem Landrat einstimmig die Annahme des beiliegenden Beschlussentwurfes.

Für die Interparlamentarische Geschäftsprüfungskommission der Universität Basel



Oskar Herzig, Präsident



Mirjam Würth, Vizepräsidentin

Beilage: Beschlussentwurf

Grossratsbeschluss

Berichterstattung 2014 der Universität Basel zum Leistungsauftrag (Partnerschaftliches Geschäft)

(vom)

Der Grosse Rat des Kantons Basel Stadt, nach Einsichtnahme in den Ratschlag des Regierungsrates Nr. 15.0544.01 vom 28. April 2015 sowie in den Bericht der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission der Universität Nr. 15.0544.02 vom 14. Juni 2015, beschliesst:

1. Der Bericht 2014 zum Leistungsauftrag der Universität Basel wird gemäss § 19 lit. b des Staatsvertrags über die gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel (Universitätsvertrag) vom 27. Juni 2006 zur Kenntnis genommen.
2. Dieser Beschluss gilt unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch den Partnerkanton.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.